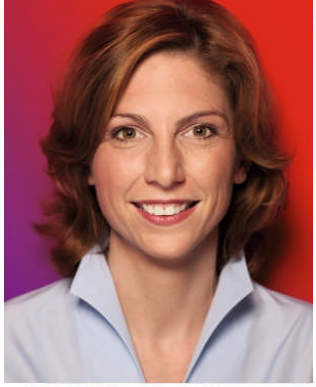

Infoservice

# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

## Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
am Sonntag ist Wahltag! Dann wird sich zeigen, ob wir mit unseren Inhalten und Kandidaten überzeugen konnten. Dafür haben wir die letzten Wochen gekämpft und selbst am Samstag gehen wir nochmal on tour!
Für euer Engagement für den Kommunal- & Europawahlkampf möchte ich euch DANKEN.
Es ist nicht nur ein Engagement für Sitze und Mandate in Gremien, es ist auch ein Engagement für unsere Demokratie.
Mit dem Dank verbinde ich meine Hoffnung auf eine hohe Wahlbeteiligung - dann werden die "Ränder" hoffentlich kaum eine Chance haben.
Am Sonntag nach 18 Uhr wissen wir mehr!
Herzlichst
*eure Sabine*


## Berlin

**Jakob-Kaiser-Haus**
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
**sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de**

## Wahlkreis

**Betzdorf**
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de**

**Puderbach**
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
**sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de**


## Topthema

**Gerechte Rente – Verdient und nicht geschenkt!**

Heute wird im Bundestag über das Rentenpaket abgestimmt. Wir erwarten eine sehr große Zustimmung der Koalitionsfraktionen. Der jetzt gefundene Kompromiss ist mehrheitsfähig und die Verbesserungen können dann pünktlich zum 01.07.2014 in Kraft treten.
Das Rentenpaket enthält nicht nur die abschlagsfreie Rente nach 45 Beschäftigungsjahren. Wir erkennen zudem die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern besser an, deren Kinder vor 1992 geboren wurden.
Darüber hinaus können alle Versicherten davon profitieren, dass die Erwerbsminderungsrente verbessert wird und künftig mehr Geld für Reha-Leistungen zur Verfügung steht. Wer ab 1. Juli mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen kann, der hat lange und hart dafür gearbeitet. Und das unter wesentlich anstrengenderen Arbeitsbedingungen als heute: mit niedrigerem Arbeitsschutz, weniger Urlaubstagen und höheren Wochenarbeitszeiten.
Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, solche Lebens- und Arbeitsleistungen auch finanziell besser anzuerkennen. Hinzu kommt: Wer 45 Jahre Beiträge leistet, hat unsere Solidarsystem über Jahrzehnte im besonderen Maß gestützt. Davon profitieren wir alle. Zum Beispiel von einem Beitragssatz, der aktuell mit 18,9 Prozent so niedrig ist wie seit 20 Jahren nicht mehr.
Wir setzen mit dem Rentenpaket das klare Signal: Arbeit lohnt sich. Das Paket ist solide finanziert: Ab 2019 entlasten wir die Beitragskassen, in dem wir den Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen schrittweise bis 2022 um zwei Mrd. € erhöhen.
Es bleibt dabei: Kurze Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie werden für die Beitragsjahre angerechnet. Die moderne Arbeitswelt erfordert gerade auch von vielen jungen Menschen immer häufiger Jobwechsel. Wir haben durchgesetzt, dass die Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I prinzipiell unbegrenzt angerechnet werden. Eine zeitliche Beschränkung der Anrechnungszeiten ginge auch völlig an der Realität vorbei:
Denn rund 70 Prozent der heute 55 bis 63 jährigen, die 45 Beitragsjahre erreichen können, waren nie oder weniger als ein Jahr arbeitslos.
Um zu verhindern, dass ältere Beschäftigte gezielt vor Renteneintritt entlassen werden, haben wir uns auf eine Regel verständigt, die zugleich auch Arbeitnehmer-interessen schützt:
Zeiten der Arbeitslosigkeit werden in den letzten zwei Jahren vor Renteneintritt nicht bei den 45 Beschäftigungsjahren berücksichtigt. Um unnötige Härten zu vermeiden, werden sie jedoch angerechnet, wenn die Arbeitslosigkeit durch Insolvenz oder durch vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers verursacht wurde.
Fakt ist: Die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ist keine „Rolle rückwärts“. Aus demografischer Notwendigkeit wurde die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben. Daran wird nicht gerüttelt!
Vielmehr besteht bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Wunsch nach einem flexibleren Renteneintritt. Die Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze wird erleichtert: Arbeitnehmer und Arbeitgeber können künftig einvernehmlich vereinbaren, das bestehende Beschäftigungsverhältnis auch über diese Altersgrenze hinaus fortzuführen – die Pflicht, Sozialbeiträge zu entrichten, bleibt selbstverständlich bestehen. Zudem werden wir gemeinsam mit der Union im Rahmen einer Arbeitsgruppe weitere Wege prüfen, wie Arbeit und Rente flexibler kombiniert werden können. Die Arbeitsgruppe soll bis zum Herbst erste Vorschläge erarbeiten.

## Verbraucherschutz

**Gentechnik – Endlich kommt ein gemeinsamer Antrag!**

In den letzten Wochen ist im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen TTIP viel über Genmais und Chlorhühnchen diskutiert worden. Die Bevölkerung hat sich eindeutig dagegen positioniert. In Europa stehen wir vor einer ähnlichen Problematik. Die Koalitionsfraktionen haben nun endlich einen gemeinsamen Antrag zum Ausstieg aus der grünen Gentechnik erarbeitet. Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines nationalen Opt-Outs beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen einzusetzen.

Noch im Januar hat das Kanzleramt ein generelles europaweites Anbauverbot verhindert. Nun stimmt auch die Unionsfraktion einem nationalen Verbot der grünen Gentechnik in Deutschland zu. Der Antrag der Koalition ist die sozialdemokratische Interpretation und Umsetzung des Koalitionsvertrags.

Dort steht lediglich: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an“.
Dass wir auf dieser Grundlage den vorliegenden Antrag erarbeitet haben, ist ein großer Erfolg für uns. Denn wir nehmen die Sorgen und Vorbehalte der Menschen wirklich ernst. Fünf von sechs Bürgern in Deutschland lehnen die Grüne Gentechnik ab. Das durfte nicht ohne Folgen bleiben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines nationalen Opt-Outs beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen einzusetzen.

So soll möglich werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten trotz einer europaweiten Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen ein nationales Anbauverbot erlassen können. Ein Opt-out soll ohne Angabe von Gründen jederzeit möglich sein. Die Staaten, die sich für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen entscheiden, sollen Maßnahmen zum Schutz vor Ausbreitung in die Nachbarstaaten ergreifen. Nach Beschluss der europäischen Regelung soll die Bundesregierung das nationale Opt-Out in Deutschland umgehend umsetzen. Es hat vier Monate gedauert.

Unsere Entschlossenheit hat sich gelohnt.

## Petitionen

**Nur beim Bundestag einreichen – Dann klappt es auch!**

Aus Anlass der Debatte zum Jahresbericht des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages für das Jahr 2013 macht unsere Bundestagsfraktion darauf aufmerksam, dass Petitionen beim Bundestag eingereicht werden müssen. Nur dann ist garantiert, dass sich der Gesetzgeber mit ihren Anliegen befasst.

Im Jahr 2013 erreichten den Petitionsausschuss des Bundestages 14.800 Petitionen. Die Themen sind breit gefächert. Es gibt keinen anderen Ausschuss, der sowohl über die Netzneutralität, über die Steuerfreiheit von für den Eigengebrauch produzierte Bier als auch über das Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen berät.

Der Jahresbericht zeigt zwei Gesichter des Petitionsausschusses: Er ist Vermittler zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden.
Er hilft zum Beispiel bei der Korrektur der Rentenberechnung oder prüft die Rückforderung des Kindergeldes. Der Petitionsausschuss ist aber auch Vermittler von Vorschlägen zur Gesetzgebung. Er ist folglich ein Element der direkten Demokratie.

Diese direktdemokratische Rolle konkurriert mittlerweile mit anderen Beteiligungsplattformen. Das Internet macht es einfacher denn je, sich für eine gute Sache einzusetzen – die Wahl der Plattform steht jedem frei.

### Bonbon

**„Diplomatie besteht darin, den Hund so lange zu streicheln, bis der Maulkorb fertig ist.”**

**(Fletcher Knebel, amerik. Schriftsteller)**

Unsere Bundestagsfraktion wirbt dafür, Petitionen einzureichen. Sie macht aber darauf aufmerksam, dass nur die beim Bundestag eingereichten Petitionen auch vom Bundestag beraten werden. Diejenigen, die auf anderen Petitionsportalen eingereicht werden, erreichen den Bundestag nicht. Dies gilt auch dann, wenn sie sich dem Wortlaut nach an den Bundestag richten.

## Umwelt

**Indisches Springkraut – Das muss effektiv bekämpft werden!**

Für viele Spaziergänger und einfache Beobachter mag das Indische Springkraut, das zahlreich an Bächen und Flussufern in unserer Region wächst, nur eine Pflanze unter vielen sein, die zudem noch schön blüht. Jedoch handelt es sich bei dem Indischen Springkraut um eine invasive Pflanze. Das eigentlich in der Himalaya-Region beheimatete Gewächs wurde im 19. Jahrhundert als Gartenzierpflanze in unsere Region gebracht und vermehrt sich seitdem ungehindert auch in der freien Natur.
Dabei verdrängt sie auch zunehmend die heimische Flora. In unserer Region sind insbesondere der Holzbach und seine Nebengewässer von der Überwucherung des Indischen Springkrauts betroffen.
Das hat naturgemäß Auswirkungen auf die örtliche Umwelt. „Für die Biodiversität und die natürliche Flusslandschaft ist das Vorkommen des Indischen Springkrauts eine Katastrophe“, so Erwin Velten aus Woldert, der sich der Bekämpfung des Springkrauts verschrieben hat.
Das ehrenamtliche Engagement, das Erwin Velten und seine Mitstreiter dabei an den Tag legen, ist vorbildlich. Um das Springkraut zu bekämpfen, gab es schon zahlreiche Arbeitseinsätze, bei denen Pflanzen gerupft oder gemäht wurden.
Unterstützt werden die freiwilligen Helfer bei Ihren Einsätzen gegen die Ausbreitung des Springkrauts aber auch durch die Gemeinden an den Ufern des Holzbachs. Hierbei benötigen sie aber weitere Unterstützung. Denn ein effektives Vorgehen bei der Bekämpfung ist nur möglich, wenn sie vom Oberlauf des Flusses ausgeht und über Gemeindegrenzen hinweg konsequent durchgeführt wird.
„Hier ist neben ehrenamtlicher Arbeit eben auch das Engagement der einzelnen Kommunen und Kreise gefragt“, so Velten weiter.
Wenn auch Sie sich für das ökologische Gleichgewicht und die Biodiversität in der Holzbachregion einsetzen wollen, sind Sie herzlich willkommen.
Weitere Informationen zu diesem Thema können Sie in meinem Büro über die E-Mail-Adresse sabine.baetzing-lichtenthäler.ma04@bundestag.de erfahren.

### Termine

| | | |
|---|---|---|
| **24.05.14** | **07.15 Uhr** | **Infostand Katzwinkel, Bäckerei Blatter** |
| | **10.00 Uhr** | **Infostand Hamm Marktzentrum** |
| | **14.00 Uhr** | **Islamausstellung Stadthalle Betzdorf** |
| | **18.00 Uhr** | **25 Jahre Step-In Stadthalle Altenkirchen** |
| **25.05.14** | **12.00 Uhr** | **Kartmarathon Idelberg** |
| | **ganztags** | **Europa- und Kommunalwahl** |
| *26.05.14* | *18.45 Uhr* | *Geschäftsführender SPD-Kreisvorstand* |
| *27.05.14* | *19.00 Uhr* | *Erweiterter SPD-Kreisvorstand Bürgergesellschaft Betzdorf* |
| **30.05.14** | **19.30 Uhr** | **150 Jahre St. Sebastianus Schützenbruderschaft Kolpinghaus Waldbreitbach** |

**ACHTUNG:** *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**